

Niederschrift Nr. 52 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 02.11.2005

Sitzungsort: Sozialraum des Bau- und Entsorgungsbetriebes
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:00 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Richard Janssen

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Richard Janssen – Vorsitzender –
Ratsherr Ihno Slieter
Ratsherr Richard Woldmer

CDU

Ratsherr Hinrich Odinga
Ratsherr Werner Vollprecht

FDP

Ratsherr Franz Melles

Stimmberechtigte sonstige Mitglieder

Herr Sven Domnik
Herr Friedrich Davids als Vertreter für Herrn Rolf Jürgens
Frau Rosemarie Filchner

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsherr Wulf-Dieter Stolz als Vertreter für Ratsherrn Bernd Renken

von der Verwaltung

Stadtbaurat Andreas Docter
Techn. Leiter Nils Andersson
Kaufm. Leiter Frank Rogga
Abt.-leiter Straßenbau Herbert Buß
Abt.-leiter Entsorgung Torsten Holtz
Abt.-leiter Öffentl. Grünflächen Hendrik Helbig
Protokollführerin Nantke Discus

Gäste

Herr Hinrichs, Ing-Büro Hinrichs
Herr Dr. Erpenbeck, Ing-Büro Hinrichs

Zuhörer: drei
Vertreter der Presse: zwei

Niederschrift Nr. 52 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 02.11.2005

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Janssen eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere **Herrn Hinrichs** und **Herrn Dr. Erpenbeck** vom Ingenieurbüro Hinrichs.

Herr Janssen stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig sei.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 07.09.2005

Die Niederschrift Nr. 50 wird einstimmig genehmigt.

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN / GRUPPEN EIGENBETRIEB

Punkt : 5 Vorlage 14/1917-00
Berichterstattung Deponiesicherung
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.10.2005 -

Herr Docter erklärt, die Sicherung und Rekultivierung sei in der Vergangenheit bereits ausführlich im Ausschuss besprochen worden. Bei allen Überlegungen, die im Zusammenhang mit der Deponie durchgeführt würden, dürfe aber nicht vergessen werden, dass es sich hierbei auch zukünftig um eine technische Anlage handle. Dementsprechend müsse sie zukünftig auch unterhalten werden.

Alle Arbeiten die auf der Anlage durchgeführt würden seien vom Gewerbeaufsichtsamt geprüft und genehmigt worden. Die Arbeiten würden im Einklang mit dem öffentlichen Recht durchgeführt werden.

Herr Andersson macht darauf aufmerksam, dass der Deponiekörper zum Schutz der Umwelt und der Menschen langfristig über einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren gesichert werde. Dies gehe auch aus der Genehmigung hervor.

In der nichtöffentlichen Sitzung werde der Auftrag in Höhe von ca. 8,5 Mio. Euro für die Sicherung der Deponie erteilt. Darüber hinaus fielen noch Kosten für die Planung, drei Fremdüberwachungsaufträge und weitere Nebenarbeiten an. Derzeit könne aber davon ausgegangen werden, dass die Gesamtkosten mit 10 Mio. Euro im Rahmen blieben.

Am 21.11. fände die Anwohnerversammlung im RSV-Sportheim statt. An diesem Termin würden sowohl das Ingenieurbüro Hinrichs als auch die Firmen teilnehmen, die den Auftrag erhielten.

Herr Hinrichs erläutert, nach der Deponieverordnung müsste sofort nach der Schließung einer Deponie mit der Sicherung und Rekultivierung begonnen werden. Nach Rücksprache

Niederschrift Nr. 52 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 02.11.2005

mit dem Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg (GAA) sei die zunächst geplante temporäre Abdichtung nicht genehmigungsfähig gewesen. Aus diesem Grund erfolge nun die endgültige Dichtung. Anschließend erläutert **Herr Hinrichs** die einzelnen Schichten der Dichtung.

Dort wo die Dichtung aufgebracht werde, würden die Bäume abgeholzt werden müssen. Lediglich auf dem Schlafdeich und hinter den Hallen in der Ubierstraße würden die Bäume stehen bleiben. Nachdem dann die Profilierung der Deponie abgeschlossen sei, würden die weiteren Arbeiten, wie der Bau der Gasbrunnen, das Aufbringen des Dichtungssystems, Wegebauarbeiten oder die Wiederherstellung des Sportplatzes, durchgeführt werden.

Der Baubeginn sei für November 2005 geplant, die Profilierungsarbeiten sollten bis April/Mai 2005 abgeschlossen werden. Die gesamte Baumaßnahme dauere voraussichtlich bis Ende 2007.

Herr Andersson sagt, wenn das aus der Deponie austretende Gas in Qualität und Menge zur Verstromung geeignet sei, werde ein Blockheizkraftwerk gebaut. Ansonsten werde das Gas verbrannt.

Herr Hinrichs ergänzt, für eine wirtschaftliche Verstromung sei eine Gasmenge von 90-100 m³ erforderlich. Es könnte sein, dass diese Mengen auf der Deponie entstünden. Dies sei abschließend jedoch erst feststellbar, wenn die Deponie abgedichtet sei.

Die Bauarbeiten würden von drei Fremdfirmen überwacht werden. Zum Schutz der Anwohner und der auf der Baustelle arbeitenden Personen würden laufend verschiedene Messungen durchgeführt werden. Es sei auch ein Arbeits- und Sicherheitsplan mit konkreten Messvorgaben erstellt worden. Sobald bestimmte Werte überschritten oder unvorhergesehene Ereignisse eintreten würden, würden die Bauarbeiten unverzüglich gestoppt. Bei der Sicherung und Rekultivierung anderer Deponien habe er aber die Erfahrung gemacht, dass die Grenzen für die Messwerte normalerweise weit unterschritten würden. Hinzu komme bei der Deponie Normannenstraße, dass ab 1982 lediglich Boden und Bauschutt abgelagert worden sei. Von daher seien bei den Profilierungsarbeiten keine Gefahren zu erwarten.

Herr Andersson erklärt, Anfang des kommenden Jahres würden mehrere Architektenbüros beauftragt, Entwürfe für die weitere Nutzung der Deponie zu entwickeln. Die Verwaltung habe sich zum Ziel gesetzt, die Deponie nach der Sicherung und Rekultivierung wieder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Hierbei müsse aber, wie eingangs bereits gesagt worden sei, immer bedacht werden, dass es sich auch weiterhin um eine technische Anlage handle. Von daher seien nicht alle Vorschläge umsetzbar. Des Weiteren müsse die Finanzierung dieser Maßnahme aus dem allgemeinen städtischen Haushalt erfolgen, da sie nicht über die Abfallgebühren finanziert werden dürfe.

Herr Holtz ergänzt, dass das Ministerium für Umwelt grundsätzliche Unterstützung signalisiert habe, um die Deponie wieder öffentlich zugänglich zu machen.

Herr Docter betont, dass es des Verwaltungsvorstand sehr wichtig sei, die Baumaßnahme in der Öffentlichkeit transparent darzustellen. Aus diesem Grund sollte am Larreter Tief ein Info-Point mit Schildern errichtet werden, die über den Prozessablauf berichten würden. Darüber hinaus würde eine Telefonnummer eingerichtet werden, über die Fragen an den BEE gerichtet werden könnten.

Die Firmen, die mit der Fremdüberwachung beauftragt würden, würden zwar von der Stadt bezahlt, sie seien aber nur gegenüber dem GAA auskunftspflichtig. Auch die gesamte Baumaßnahme werde unter der Aufsicht des GAAs durchgeführt. Dies bedeute für die Stadt, dass sie auch unter dem Schutz der Genehmigung arbeiten würde.

Niederschrift Nr. 52 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 02.11.2005

Herr Andersson stellt klar, dass mit der Fertigstellung nicht alle Arbeiten an der Deponie beendet seien. Statt dessen beginne dann die Nachsorge mit Messungen und weiteren Beobachtungen.

Herr Melles fragt, mit wie vielen finanzielle Unwägbarkeiten bei der Baumaßnahme gerechnet werden müsse.

Herr Hinrichs antwortet, über die Deponie lägen sehr genaue Daten vor. Er könne sich derzeit nicht vorstellen, wo größere Unwägbarkeiten auftreten könnten.

Herr Odinga möchte gerne wissen, ob die gerodeten Bäume und Wurzeln abtransportiert werden würden. Anschließend äußert er sich positiv darüber, dass die Maßnahme auch im Interesse der Bürger ständig geprüft werde.

Herr Hinrichs erklärt, das Gehölz werde abgefahren. Die Stümpfe würden aus Schutzgründen für die Abdichtung entfernt und vor Ort geschreddert. Dieses Material könne dann auf der Deponie verbleiben.

Herr Stolz möchte gerne wissen, welche Gefahrenstoffe in der Deponie enthalten sind bzw. welche Gefahren für den Bürger entstehen könnten. Um sich näher informieren zu können bitte er darum, die Genehmigungsunterlagen den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Herr Hinrichs macht deutlich, dass das Gefährdungspotential sehr gering sei, insbesondere da in den letzten Jahren kein Hausmüll sondern nur Boden und Bauschutt auf der Deponie angeliefert worden sei. Des Weiteren verweise er auf die ständig durchgeführten Messungen.

Herr Stolz schlägt vor, einen Sanierungsbeirat zu bilden, an dem auch Bürger aus dem Stadtteil beteiligt seien. Er wolle auch wissen, inwieweit die Radwegeanbindung des Stadtteils Conrebbersweg an das Westcenter bei der Maßnahme umgesetzt werde.

Herr Docter erklärt, dass die Genehmigungsunterlagen sehr umfangreich seien. Ob es von daher möglich sei, die Unterlagen an die Fraktionen weiterzugeben, werde er prüfen lassen. Ansonsten stünde den Ratsmitgliedern auch das Akteneinsichtsrecht zur Verfügung. Ein Sanierungsbeirat hätte keine Möglichkeiten bei Entscheidungen über die Sicherung und Rekultivierung mitzuwirken, wie dies zum Beispiel beim Stadtteilbeirat in Barenburg möglich sei. Statt dessen sei die Baumaßnahme sehr klar vorgegeben, Entscheidungsmöglichkeiten gebe es nicht.

Über die Radwegeanbindung nach dem VEP müsse im Rahmen der landschaftspflegerischen Gestaltung entschieden werden. Der Radweg sei nicht über den Gebührenhaushalt finanzierbar. Hier müsse eine klare Trennung erfolgen.

Herr Woldmer regt an, sich mal vor Ort zu treffen, auch um zu sehen, wie die Abdeckung aussehe.

Herr Andersson sagt, eine ähnliche Deponie habe sich der Werksausschuss bereits in Varel angeguckt. Mitte des nächsten Jahres könnte die Baustelle aber gerne besichtigt werden. Wenn das GAA einverstanden sei, könnten eventuell auch geführte Besichtigungen der Baustelle ermöglicht werden.

Herr Hinrichs ergänzt, in Oldenburg hätten die Bürger auch die Möglichkeit gehabt, die Baustelle an einem Tag zu besichtigen. Das Angebot sei sehr gut angenommen worden.

Herr Woldmer bittet mit Bezug auf die im Ausschuss gemachten Erklärungen und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, keine weiteren Gutachten mehr zu erstellen.

Niederschrift Nr. 52 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 02.11.2005

Herr Stolz bedankt sich für die guten Erklärungen. Die Gründung eines Stadtteilbeirates sei unter diesen Voraussetzung nicht notwendig.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 6 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters zum Eigenbetrieb

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen des Oberbürgermeisters vor.

Punkt : 7 Islamische Bestattungen

Herr Helbig teilt mit, aufgrund von Anregungen verschiedener Bürger und des Integrationsrates sei geplant, islamische Bestattungen auf dem Friedhof Tholenswehr zu ermöglichen. Hierfür solle im Frühjahr ein Gräberfeld für Erwachsenengräber und für Kindergräber eingerichtet werden. Die erforderlichen Mittel würden über den Wirtschaftsplan 2006 des BEE zur Verfügung gestellt. Für ausländische Mitbewohner werde somit die Möglichkeit geschaffen, hier bestattet zu werden.

Auf Nachfrage von **Herr Woldmer** erläutert **Herr Helbig** anschließend dem Ablauf islamischer Bestattungen.

Punkt : 8 Abfallmengenstatistik 2005

Herr Andersson macht zunächst darauf aufmerksam, dass es sich bei der Abfallmengenstatistik um die Müllmengen handle, die zur Müllverbrennungsanlage nach Bremerhaven gebracht würden.

Herr Holtz erläutert die Statistik anhand einer Folie. Insbesondere hebt er hervor, dass eine große Menge von Abfällen zur Verwertung aus den Gewerbebetrieben nach der Schließung verschiedener Deponien über die Müllumladestation nach Bremerhaven gebracht würde. Aus diesem Grund habe sich die Abfallmenge erhöht. Ab dem 01.07.05 würden die Abfälle über die Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWE) angenommen.

Herr Andersson ergänzt, durch die AWE hätten die Gewerbebetriebe die Möglichkeit, die Vorsteuer abzusetzen. Mittelfristig werde davon ausgegangen, dass 1.500 – 1.700 t/Monat nach Bremerhaven gebracht würden. Das bedeute, dass ca. 6.000 – 7000 t mehr Abfälle als im vorherigen Jahr in Bremerhaven angeliefert würden. Durch eine Verminderung der Pönale würden sich für den BEE infolgedessen Einsparungen von mehr als 100.000 € ergeben. Dies sei positiv für den Gebührenhaushalt.

Weitere Mitteilungen des Oberbürgermeister

Herr Docter teilt mit, dass das Nordtor an der Neuen Kirche saniert werde. Der Antrag sei bei oberen Denkmalschutzbehörde gestellt, aber noch nicht bewilligt worden. Der Kulturausschuss werde ebenfalls informiert.

Punkt : 9 Anfragen zum Eigenbetrieb

Es werden keine Anfragen gestellt.

Niederschrift Nr. 52 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 02.11.2005

Punkt : 10 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters zum Baubetrieb

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen des Oberbürgermeisters vor.

Punkt : 11 Anfragen zum Baubetrieb

Es werden keine Anfragen gestellt.

Herr Janssen schließt die Sitzung.